

Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 7/17

02.06.2017



Matthias Hauer MdB unterzeichnet die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zur Umsetzung der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie. Mit dem Gesetz wird u.a. verboten, dass Händler bei gängigen bargeldlosen Zahlverfahren Zusatzentgelte verlangen dürfen (siehe S. 2). Das Gesetz wurde am 1. Juni verabschiedet.

Jährlich 1,43 Mrd. Euro mehr für NRW

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zugestimmt. Damit werden die Bund-Länder-Finzen neu aufgestellt: Unterschiede in der Finanzkraft der Länder werden künftig nicht mehr durch einen Finanzausgleich untereinander abgedeckt, sondern direkt durch die Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer. Der Bund wird die Länder von 2020 an mit jährlich rund 9,5 Milliarden Euro unterstützen. „Das ist noch deutlich mehr als bisher und eine gute Nachricht für Nordrhein-Westfalen und Kommunen wie Essen: Von der Entlastung des Bundes wird NRW ab 2020 jährlich 1,43 Milliarden Euro zusätzlich erhalten“, betont Matthias Hauer MdB. Für die Umsetzung aller Beschlüsse zu den neuen Bund-Länder-Finanzbeziehungen musste das Grundgesetz an mehreren Stellen geändert werden – zum Beispiel, damit der Bund in Zukunft finanzschwache Kommunen bei Investitionen in die Bildungsinfrastruktur unterstützen kann. „Mit dem neuen Artikel 104c im Grundgesetz wird die verfassungsrechtliche Grundlage dafür geschaffen, dass der Bund finanzschwache Kommunen bei der Sanierung von Schulen unterstützen kann. Das Kommunalinvestitionsförderprogramm des Bundes wird dafür von 3,5 auf sieben Milliarden Euro aufgestockt. Ich freue mich, dass mit diesen Bundesmitteln weitere Investitionen auch an Schulen in Essen möglich werden“, sagt Matthias Hauer.

Bundestag verbietet Kinderehen

Kinderehen in Deutschland gehören der Vergangenheit an. Das hat der Deutsche Bundestag ebenfalls auf Initiative der Union in dieser Woche entschieden. Eine Ehe wird künftig unwirksam sein, wenn ein Beteiligter zum Zeitpunkt der Eheschließung unter 16 Jahre alt war. Ehen mit Jugendlichen, die 16 oder 17 Jahre alt sind, können durch ein Familiengericht aufgehoben werden. „Kinderehen verstoßen nicht nur gegen unsere Werte, sondern auch gegen die Grundrechte der Kinder und Jugendlichen“, betonte die rechtspolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Elisabeth Winkelmeier-Becker.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Essenerinnen und Essener!

Wir haben in dieser Woche durch mehrere Änderungen des Grundgesetzes die Grundlage dafür geschaffen, dass der Bund finanzschwachen Kommunen bei Investitionen in die Bildungsinfrastruktur unter die Arme greifen kann (siehe Text links). Das ist eine sehr gute Nachricht für Kommunen wie Essen – und ich freue mich, dass dadurch mehr Geld in Essener Schulen fließt.

Allerdings bleibt es die Aufgabe der Bundesländer, für eine auskömmliche finanzielle Ausstattung ihrer Städte und Gemeinden zu sorgen. Der schlechte Zustand vieler Schulgebäude ist auf die jahrelange Unterfinanzierung der Kommunen durch die vormals rot-grüne Landesregierung zurückzuführen.

Es ist für viele Menschen schwer nachzuvollziehen, wofür der Bund und wofür die Bundesländer zuständig sind. Die nun vollzogenen Grundgesetzänderungen lösen dieses Grundproblem leider nicht. Wir müssen daher aufpassen, dass aus dem weiteren Schritt der Mitfinanzierungsmöglichkeit für den Bund bei Länderaufgaben keine Allgemeinzuständigkeit des Bundes für alle Probleme vor Ort wird. Die Bundesländer sind weiter in der Pflicht, für ihre Kommunen zu sorgen.

Ihr

Matthias Hauer MdB

CDU





Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble sprach am 31. Mai im Finanzausschuss über aktuelle finanzpolitische Themen (Foto oben). In derselben Sitzung hat der Ausschuss auch die Umsetzung der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie beraten, die am 1. Juni vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Am selben Tag fanden auch 13 namentliche Abstimmungen statt – die letzte zur Sicherheitslage und zu Rückführungen nach Afghanistan (Foto links).

Verbraucherschutz: Zusatzentgelte für bargeldlose Zahlverfahren verboten

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche abschließend das Gesetz zur Umsetzung der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie beraten. Damit verbessert der Bund den Wettbewerb im Bereich der Zahlungsdienste, schafft Gebühren ab und schützt Verbraucher besser. Matthias Hauer MdB ist für die Unionsfraktion u.a. für dieses Gesetz zuständig.

„Wer online einkauft und mit Kreditkarte bezahlt, der weiß, wie oft am Ende des Bezahlvorgangs auf den Preis noch eine Gebühr aufgeschlagen wird. Das Zahlungsmittelentgelt kann zum Beispiel bei einer Flugbuchung schnell zehn Euro oder mehr betragen. Damit machen wir jetzt Schluss“, betont Matthias Hauer. „Bei Zahlungen per Überweisung, per Lastschrift oder mit gängigen Kreditkarten wird es in Zukunft keine Extragebühren mehr geben.“

Das Gesetz regelt zudem die Haftung für nicht autorisierte Zahlungen, zum Beispiel beim Kreditkartenmissbrauch, neu. Für Verbraucherinnen und Verbraucher wird der Höchstbetrag für deren Haftung von derzeit 150 auf 50 Euro herabgesetzt. Lastschriften können Bankkundinnen und Bankkunden künftig ohne Angabe von Gründen zurückbuchen lassen. „Wir stärken damit den Verbraucherschutz und die Sicherheit bei bargeldlosen Zahlungen“, so Matthias Hauer.

Daneben werden die Regelungen für Wohnimmobilienkredite vereinfacht. Künftig wird grundsätzlich bei solchen Kreditverträgen, die als Anschlussverträge zum Zwecke der Fortsetzung des Kredites im Weg einer echten Abschnittsfinanzierung oder zum Zwecke einer Umschuldung abgeschlossen werden, keine erneute Kreditwürdigkeitsprüfung mehr notwendig sein.

Das Gesetz wird – wenn der Bundesrat keinen Einspruch erhebt – Mitte Januar 2018 zu weiten Teilen in Kraft treten. Der neuen Regelung waren intensive Beratungen in der Koalition, Gespräche mit der Opposition und die Befragung von Sachverständigen in einer Anhörung am 26. April vorausgegangen. Die Rede von Matthias Hauer zum Abschluss dieses Gesetzes ist zu Protokoll gegangen. Sie können sie auf www.matthias-hauer.de nachlesen.



Fokus digitale Bildung: Matthias Hauer MdB bei einem von ihm initiierten Medienkompetenzworkshop 2015 an der Gesamtschule Holsterhausen

Digitale Bildung voran bringen

Heute hat die Bundesregierung im Parlament über die Erfolge der Digitalen Agenda in dieser Legislaturperiode berichtet. Ziel der Digitalen Agenda ist es, die digitale Entwicklung voranzutreiben. Themen wie Breitbandausbau, Cybersicherheit und Industrie 4.0 werden darin genauso angesprochen wie digitale Bildung – ein Thema, das Matthias Hauer MdB besonders am Herzen liegt. „Ich finde es wichtig, Kinder und Jugendliche früh für die digitale Welt fit zu machen“, bekräftigt der Essener Bundestagsabgeordnete, der bereits als Schirmherr digitale Bildungsinitiativen an Essener Schulen geholt hat und das weiterhin tun will. „Jeder sollte wissen, wie er richtig mit seinen Daten umgeht, welche Gefahren im Netz lauern und wie er wahre Informationen von Fake News unterscheiden kann“, betont Matthias Hauer.



Matthias Hauer MdB mit den Schülerinnen und Schülern des Sozialwissenschaftskurses am Helmholtz-Gymnasium. Die Zwölftklässler interessierten sich in der Diskussion vor allem für die Beziehungen der EU zur Türkei, den Brexit und die europäische Flüchtlingspolitik. Der EU-Projekttag findet seit 2007 jährlich statt.



Rüttenscheid: EU-Projekttag mit Schülern am Helmholtz-Gymnasium

Am 22. Mai war EU-Projekttag: Bundesweit diskutierten Politiker mit Schülerinnen und Schülern über aktuelle Themen rund um die Europäische Union. Matthias Hauer MdB hat in diesem Jahr den Sozialwissenschaftskurs der 12. Jahrgangsstufe am Helmholtz-Gymnasium besucht.

Wie geht es weiter mit der Europäischen Union nach dem Brexit? Wie soll sich die EU gegenüber der Türkei verhalten? Und gibt es Lösungen für eine europäische Flüchtlingspolitik? – Diese Fragen beschäftigen nicht nur die Politik, sondern auch die Schülerinnen und Schüler der 12. Jahrgangsstufe des Helmholtz-Gymnasiums. In zwei Schulstunden diskutierte Matthias Hauer mit den Jugendlichen über die aktuelle Politik in Europa. Anlass war der EU-Projekttag, an dem bundesweit Politiker mit Schülerinnen und Schülern über die EU diskutieren. Der Projekttag

wurde 2007 durch Bundeskanzlerin Angela Merkel ins Leben gerufen.

„Abgesehen von der Flüchtlingskrise bekommt man im Alltag nicht so viel von EU-Themen mit – deshalb ist der EU-Projekttag eine gute Sache. Es ist aber auch einfach spannend, sich mal mit einem Politiker über solche Fragen auszutauschen. Man lernt dadurch eine Meinung kennen, die man sich im Unterricht so nicht bilden kann“, sagte danach der 17-jährige Schüler Matthias Thünemann. „Ich finde es wichtig, über die Entwicklungen in der Europäischen Union informiert zu werden und sich damit auseinander zu setzen. Wir wollen doch wissen, was in der Zukunft auf uns zukommt“, ergänzte die 16-jährige Leonie Kohlstadt.

Für demokratische Werte eintreten

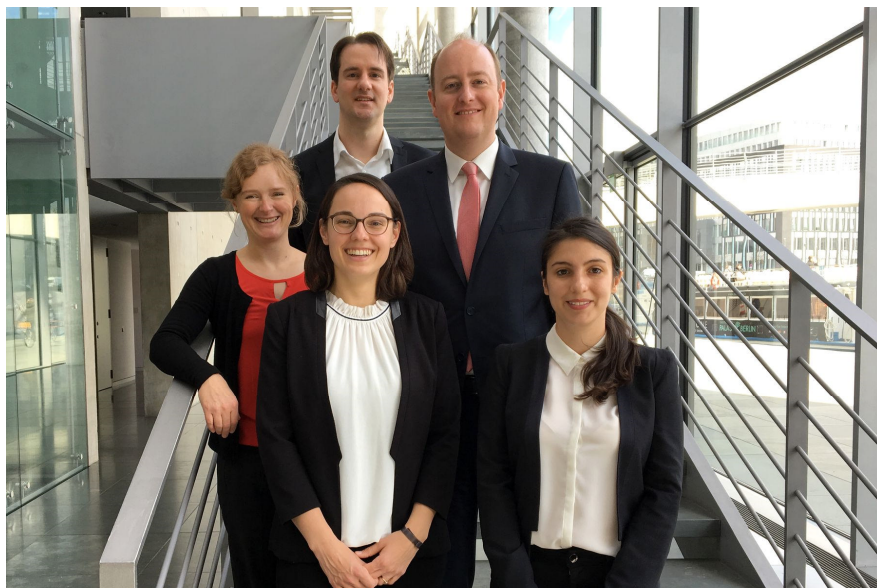
„Für mich ist es immer wieder interessant zu erfahren, welche politischen Fragen die Schülerinnen und Schüler konkret bewegen“, berichtet Matthias Hauer. „In einer Welt, die – etwa mit dem Brexit oder den politischen Entwicklungen in den USA – unübersichtlicher geworden ist, brauchen wir eine starke Europäische Union. Es lohnt sich, bei allen Herausforderungen, die die EU derzeit hat, für ein vereintes Europa mit gemeinsamen demokratischen Werten einzustehen. Es war mir ein Anliegen, dies den Jugendlichen am EU-Projekttag zu vermitteln.“



v.l.: Oberbürgermeister Thomas Kufen, Matthias Hauer MdB, Barbara Rörig, Fabian Schrumpf MdL und Florian Fuchs bei der Eröffnung der Badestelle am Baldeneysee.

Erste Badestelle am Baldeneysee

Premiere am Baldeneysee: Am 23. Mai wurde dort die erste Badestelle eröffnet. Nach dem Startschuss durch Oberbürgermeister Thomas Kufen wagten erste Besucherinnen und Besucher einen Sprung ins kühle Nass, darunter auch Profischwimmer Christian Keller. Gemeinsam mit Barbara Rörig (stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Essen), Fabian Schrumpf MdL und Florian Fuchs (Ratsherr und Mitglied im Ausschuss für Sport- und Bäderbetriebe) nahm Matthias Hauer MdB an der Eröffnung der Badestelle in seinem Wahlkreis teil. „Hoffentlich können bald weitere Stellen am See zum Baden freigegeben werden“, betont Matthias Hauer. Die Badestelle am Seaside Beach Baldeney erstreckt sich über eine Uferlänge von 50 Metern und reicht 15 Meter in den See hinein.



Büro Berlin

Deutscher Bundestag
Matthias Hauer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169
Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin: Katrin Arnholz, Elena Zettelmeyer, Dirk Stahns und Savina Lobina (v.l.)



Büro Essen

Matthias Hauer MdB
Blücherstr. 1
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100
Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen: Nils Sotmann, Marie Kohls und Cathérine Ricken-Lefor (v.l.)

E-Mail: matthias.hauer@bundestag.de
Facebook: facebook.com/matthiashauer.cdu
Twitter: twitter.com/MatthiasHauer

